

Wilsdruffer Tageblatt

Wochenblatt für Wilsdruff

und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt



für die Amtshauptmannschaft Weitzen, für das
Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff

rentamt zu Tharandt. Postfach-Konto: Leipzig Nr. 28614.

Herausgeber: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Nr. 22.

Dienstag den 28. Januar 1919.

78. Jahrg.

Amtlicher Teil.

Erhebung der Vorräte an Kartoffeln am 15. Februar 1919.

Auf Grund der Bundesratsverordnung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September/4. November 1915 — RSt. S. 607/728 — wird folgendes bestimmt:

§ 1.

Am 15. Februar 1919 findet eine Erhebung der Vorräte an Kartoffeln in der Republik Sachsen statt.

§ 2.

Wer mit Beginn des 15. Februar 1919 Kartoffeln in Gewahrsam hat, ist verpflichtet, seine gesamten Vorräte der Gemeindebehörde des Ortes anzuzeigen, in dem sie lagern.

Vorräte im Gewahrsam von Gemeinden oder sonstigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Verbänden sind gleichfalls anzuzeigen.

Vorräte, die sich mit dem Beginn des 15. Februar 1919 unterwegs befinden, sind von dem Empfänger unverzüglich nach dem Empfang anzuzeigen.

Vorräte, die zum Verbrauch im eigenen Haushalt bestimmt sind, sind nur anzuzeigen, wenn sie 20 Pfund übersteigen.

§ 3.

Die Erhebung erfolgt gemeindeweise. Die Ausführung liegt den Gemeindebehörden ob.

Bei der Erhebung sind die als Anlagen I und II beigefügten Muster zu verwenden.

§ 4.

Die Herstellung der Druckfachen erfolgt durch die Landeskartoffelstelle.

§ 5.

Verpflichtete Personen haben den Vordruck I, Kartoffelerzeuger, deren Herbstkartoffelanbaufläche im Jahre 1918 größer als 200 qm war, den Vordruck II zu verwenden.

§ 6.

Die Gemeindebehörde hat das Ergebnis der Anzeigen unverzüglich aufzunehmen und dem Kommunalverbande bis zum 21. Februar 1919 Anzeige zu erstatten.

Die Kommunalverbände haben eine vorläufige Zusammenstellung über das Ergebnis der Anzeigen der Gemeindebehörden anzufertigen und es der Landeskartoffelstelle bis zum 28. Februar 1919 anzuzeigen.

§ 7.

Die Gemeinden sind verpflichtet, bis zum 8. März 1919 die Bestände nachzuprüfen und Mengen, die über den angezeigten Bestand hinausgehen, sofort in ihren Gewahrsam zu nehmen.

Die Nachprüfungen sind durch die Gemeindebehörden vorzunehmen, die sich hierbei der Ortsauschüsse zur Sicherung der Volksernährung oder anderer Ausschüsse bedienen sollen, die mindestens aus einem Erzeuger und einem Verbraucher zu bestehen haben.

§ 8.

Auch von den Kommunalverbänden sind Nachprüfungen auszuführen.

§ 9.

Die Gemeindebehörde und die von ihr oder vom Kommunalverband beauftragten Personen sind befugt, zur Ermittlung richtiger Vorrats- und Betriebsräume oder sonstige Aufbewahrungsorte, wo Kartoffelvorräte zu vermuten sind, zu durchsuchen und die Bücher und Geschäftspapiere der zur Anzeige Verpflichteten einzusehen.

§ 10.

Bis zum 12. März 1919 haben die Gemeinden dem Kommunalverbande das durch die Nachprüfungen berichtete Ergebnis der Bestandshebung anzuzeigen.

Die Kommunalverbände haben die Anzeigen der Gemeindebehörden zusammenzu-

stellen und der Landeskartoffelstelle bis zum 15. März 1919 Anzeige über das endgültige Ergebnis zu erstatten.

§ 11.

Wer die ihm nach dieser Verordnung obliegenden Angaben nicht in der geforderten Frist erstattet oder unrichtige oder falsche Angaben macht, oder entgegen § 9 die Durchsichtung oder die Einsicht der Geschäftspapiere und Bücher verweigert, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mk. bestraft. Neben der Strafe können Vorräte, die verschwiegen worden sind, eingezogen werden, ohne Unterschied, ob sie dem Anmeldepflichtigen gehören oder nicht.

Dresden, am 21. Januar 1919.

27 VLAIV.

Arbeits- und Wirtschafts-Ministerium.
Landeslebensmittelamt.

Vordruck I.

Nur von versorgungsberechtigten Personen auszufüllen!

Name _____
Stand _____ des Anzeigerstatters
Wohnort _____
1. Wieviel Personen gehören zum Haushalt des Anzeigerstatters?
Davon haben am 15. September 1918 das 4. Lebensjahr noch nicht vollendet?
2. Wie groß war die gesamte Kartoffelmenge, die sich mit Beginn des 15. Februar 1919 im Besitze des Anzeigerstatters befand? Ztr. Pfd.
(Vorräte, die zum Verbrauch im eigenen Haushalt bestimmt sind, sind nur anzuzeigen, wenn sie 20 Pfund übersteigen. Ist das nicht der Fall, so ist die Anzeige gleichwohl zu erstatten, nur sind bei Zentner und Pfund Striche zu setzen.)
Ich versichere, daß ich vorstehende Angabe nach bestem Wissen und Gewissen gemacht habe.

(Ort), am 1919.

(Unterschrift.)

Vordruck II.

Nur von Kartoffelerzeugern auszufüllen, deren Herbstkartoffelanbaufläche im Herbst 1918 größer als 200 qm. war.

Name _____
Stand _____ des Anzeigerstatters
Wohnort _____
1. Wieviel Personen gehören zur Wirtschaft des Anzeigerstatters?
2. Wie groß war die gesamte Kartoffelmenge, die sich mit Beginn des 15. Februar 1919 im Besitze des Anzeigerstatters befand? Ztr. Pfd.
Von diesen Vorräten waren untergebracht
a) in Kellern und sonstigen Lagerräumen Ztr. Pfd.
b) in Mieten Ztr. Pfd.
3. Von den unter I angezeigten Gesamt mengen sind erforderlich
a) für den Bedarf des Anzeigerstatters und seiner Wirtschaftsangehörigen Ztr. Pfd.
b) als Saatgut für das Frühjahr 1919 auf ha a Anbaufläche Ztr. Pfd.
Ich versichere, daß ich vorstehende Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht habe.

(Ort), den 1919.

(Unterschrift.)

Warnung der Entente an die Polen.

Kommt der Frieden?

Zum zweitenmal ist kürzlich der Waffenstillstandsvertrag verlängert worden. Gegen eine erhebliche Verschärfung der Bedingungen, für deren Annahme oder Ablehnung unseren Vertretern eine Frist von wenigen Stunden gesetzt worden war. Das war am 17. Januar. Am 18. Januar, dem Tage der Kaiserproklamation in Versailles, trat dann in Paris ein Kongress zusammen, den man wohl schon nicht anders als den eigentlichen Friedenskongress bezeichnen kann. Wenigstens spricht die ganze Art seiner Aufmachung durchaus dafür, daß unsere Feinde gewillt sind, in dieser Zusammenkunft alle die großen, die zahlreichen und in ihren unendlich verwickelten Zusammenhängen kaum übersehbaren Fragen zur Entscheidung zu bringen, die durch den Kriegsausgang auf die europäische Tagesordnung gekommen sind. Und Herr Poincaré hat in seiner bewegtesten Eröffnungsrede auch nicht den leisesten Zweifel darüber gelassen, in welchem Sinne hier die Entscheidungen über den Neuaufbau der Welt gefaßt werden sollen. Er kennt nur einen Schuldigen, und das ist Deutschland; er spricht von dem Unrecht, mit dem das deutsche Kaiserreich ins Leben getreten sei, und von der

Schmach, in der es geendet habe. In dieser Atmosphäre des Hasses und der Verachtung wird jetzt der Frieden vorbereitet, der nach Wilson ein Werk der Veröhnung und des Rechtes werden sollte.

Vorbereitet? Es sieht fast so aus, als sollte er hier schon vollendet werden — ohne daß die Mittelmächte dabei überhaupt zu Worte gekommen sind. Als sollte alles und jedes unter den Ententemächten abgemacht werden, worauf uns dann — im Juni etwa — das Ergebnis ihrer Beratungen als ein fertiges Schöpfungsprodukt vorgelegt werden würde; mit dem Anheimgelassen, es, binnen so und sovielmal vierundzwanzig Stunden, anzunehmen oder abzulehnen. Wir können uns gar nicht früh genug auf diese immer klarer hervortretenden Absichten unserer Feinde einstellen. Für sie bestehen die Schwierigkeiten des Friedensschlusses lediglich in der Verständigung untereinander, in der Ausgleichung der Meinungsverschiedenheiten zwischen Wilson und Clemenceau, in der Möglichkeit einer Vermittlung zwischen den italienischen und französischen Ansprüchen, in der Gegenfälligkeit der Andeutungen über die russische Frage, in der allgemeinen Unsicherheit gegenüber den Forderungen der sozialistischen Arbeiterwelt. Aber mit Deutschland und seinen ehemaligen Verbündeten zu einer Einigung zu gelangen, das

berichtet ihnen nicht die geringste Sorge. Dieser Zeit der Friedenskampagne kommt erst zu allerletzt an die Reihe, und zu keiner Erledigung bedarf es dann nicht mehr irgendwelcher weitläufiger Verhandlungen; der Frieden wird einfach diktiert; man ist ja sicher, daß Deutschland gar keine Wahl mehr hat, daß es ihn wird annehmen müssen — wie er auch aussehen mag.

So liegen die Dinge, nicht anders. Täuschen wir uns nicht darüber, wie wir früher von anderen Leuten über die schwerlichsten Tatsachen getäuscht worden sind. Eben jetzt wird z. B. bereits in Paris über die Frage des Völkerbundes entschieden, ganz ohne Rücksicht darauf, daß wir diejenigen waren, die diesen Wilson-Gedanken zuerst mit voller Aufrichtigkeit und mit der uns Deutschen eigenen Wärme des Gefühls angenommen haben. Das Herr Graberger einen umfangreichen Entwurf für die Verfassung dieses neuen staatsrechtlichen Gebildes ausgearbeitet und auch sonst alles nur Erdenkliche für die Sache getan hat. Aber nein, so war es drüben gar nicht gemeint: Sie gründen den Völkerbund, Sie legen alle Bedingungen fest, und wir dürfen höchstens hinterher beitreten, wobei natürlich alle Grundvorteile auf der Gegenseite sind und bleiben. Auch über Rüstungsbeschränkungen wird schon eingehend verhandelt in Paris — und Herr Biss

George hat bereits kurz erklärt, daß die britische Flotte nicht vermindert werden könne, worauf Herr Clemenceau prompt hinzusetzt, daß Frankreich ein Heer haben müsse, das größer sei als das jetzige. Sind das nicht recht vielversprechende Ansätze für einen allgemeinen Bund der Völker, für ein Zeitalter des Rechts und der Verständigung? Dem deutschen Volke aber wird, sobald die Verren unter sich einig geworden sind, einfach mitgeteilt werden, ob überhaupt und eventuell in welcher Stärke es sich in Zukunft noch die Aufstellung einer Wehrmacht erlauben darf. Inzwischen wird unsere Hungerblode nicht nur aufrechterhalten, sondern immer noch verstärkt, und zu den 800 000 Todesopfern, die wir ihr zu verdanken haben, kommen täglich ungezählte Hunderte an neuen Opfern hinzu. Und Marshall Foch erklärt jetzt plöglch, auch den Abchnitt östlich von Straßburg besetzen zu wollen, worauf der militärische Leiter unierer Waffenstillstandskommission, General v. Winterfeldt, sein Amt niedergelegt hat. Also Schrofheiten über Schrofheiten gegen uns, Grausamkeiten über Grausamkeiten. Wir sollen eben müde gemacht werden für den Frieden, der für uns jetzt zusammengedrückt wird — so ist es.

Warnung der Entente an die Polen.

Die Friedenskonferenz entscheidet. Paris, 25. Januar. Wilson, England, Frankreich, Italien und Japan erklären heute folgenden Punktopdruck, der sich namentlich gegen die Unersättlichkeit der Polen richtet: Die Regierungen, die sich gegenwärtig auf der Konferenz zu dem Zweck vereinigt haben, einen dauerhaften Frieden zwischen den Nationen zu schaffen, werden sehr demot durch die ihnen aus verschiedenen Teilen Europas und des Orients angehenden Nachrichten, wonach mehrmals Gewalt angewandt wurde, um von Gebieten Besitz zu ergreifen, über deren rechtmäßige Zuertennung die Friedenskonferenz sich äußern soll.

Die Regierungen sind der Ansicht, daß sie die Pflicht haben, eine feierliche Warnung ertönen zu lassen und zu erklären, daß jeder durch die Gewalt erworbene Besitzstand denjenigen, die zu solchen Mitteln greifen, den größten Schaden bringen wird. Diejenigen, die Gewalt anwenden, erwecken den Argwohn, daß sie an der Gerechtigkeit und Gültigkeit ihrer Ansprüche zweifeln, und daß sie die Absicht haben, den Besitz an die Stelle eines Rechtsobweives zu setzen und ihre Souveränität eher auf die Gewaltanwendung als auf nationale Verwandtschaft zu begründen.

Dies schadet allen Rechtsansprüchen, die sie späterhin geltend machen könnten und zengt von ihrem Mißtrauen gegenüber der Konferenz selbst. Dies kann nur zu den unheilvollsten Ergebnissen führen. Wenn sie die Gerechtigkeit wünschen, so müssen sie auf die Anwendung von Gewalt verzichten und ihre Ansprüche in die Hände der Friedenskonferenz in einer Art und Weise übergeben, die keinen Zweifel über ihren guten Glauben läßt.

Die Reichsverfassung in der Staatskonferenz Preußens Schicksal.

Berlin, 25. Januar. Im Reichskanzlerpalais tagte heute unter dem Vorsitz Eberts die Versammlung der bundesstaatlichen Vertreter zur Aussprache über die neue Reichsverfassung. Die Besprechung wurde vom Staatssekretär des Innern Breuß eingeleitet. Er sagte, der Widerstand gegen die Befestigung der Hegemonie Preußens liege lediglich im Interesse der Vorkämpfer des alten monarchischen Regiments. Das Bahren auf alten, historisch gewordenen Hausmächten sei reaktionär, die Republik könne an diesen alten Gebilden nicht festhalten. Die Diskussion sei durch die Wohlhaltung vom Saalkreis abgelenkt, und die Demokraten, das „Jünglein an der Waage“, hätten sich offenbar von einer gewissen Wahllangst, hervorgerufen durch die Angriffe der Konserverativen, beeinflussen lassen. — Minister Sirch (Preußen) erhebt Einspruch gegen die Aufstellung Preußens zugunsten Süddeutschlands.

Eisners Notgesetz abgelehnt. Der bayerische Ministerpräsident Eisner brachte in angeblihem Einverständnis mit anderen Bundesstaaten den Entwurf eines Notgesetzes ein, das nach seiner Meinung die ganze Diskussion überflüssig machen sollte. Es handelt sich dabei um eine Art Rahmengesetz. Ebert wies Eisners Antrag, als der Zulängigkeit der Nationalversammlung vorzutreten, zurück. Eisners Vorstoß, der vielfach als Absicht der Sabotierung aufgefaßt wurde, mißlang. — Der Vertreter von Anhalt, Seine, glaubt, daß durch die Aufstellung Preußens ein Bankrott in das deutsche Volk gemorfen werde und daß es kaum möglich sein dürfte, eine Neugruppierung des Reiches nach dem Wunsch des Volkes

vorzunehmen, daß vielmehr jede oerartige Neugruppierung die büreaukratische Arbeit der jeweiligen Regierungen sein werde.

Endgültiges Wahlergebnis.

Die Nationalversammlung nach der Stärke der Parteien.

Table with 7 columns: Wahlkreis, Mandate, Sozialisten, Christl. Pp, Demokraten, Di-nat. Pp, Unabh. Sos, Deutsche Pp, Witbe. Rows list various German states like Ostpreußen, Westpreußen, Berlin, etc., with corresponding seat counts.

Im ganzen sind 493 Abgeordnete vorgesehen. Die fehlenden 12 Mandate entfallen auf Elsaß-Lothringen, wo wegen der feindlichen Besetzung keine Wahl stattfinden konnte.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

+ Graf Brockdorff-Ranzau an das Ausland. In einer Unterredung mit den in Berlin weilenden ausländischen Zeitungsvertretern wendete sich der Staatssekretär Graf Brockdorff-Ranzau gegen die letzte Heftrede des französischen Präsidenten Poincaré. Auch Deutschland sei an der Feststellung der Schuldigen des Weltkrieges interessiert. Sie könne aber nur durch eine internationale Kommission, der alle Mächte und Geheimarchivare zur Verfügung stehen, erfolgen. Mit allem Nachdruck trat Graf Brockdorff-Ranzau zum Schluß seiner Ausführungen für Gleichberechtigung Deutschlands im künftigen Völkerbunde ein.

+ Die Entente und die gefangenen Deutschen. Unsere Waffenstillstandskommission hat der Entente erklärt, die Nichtlieferung der Gefangenenfrage sei unvereinbar mit dem Geist des Waffenstillstandsabkommens. Es sei unerhört, daß bei solchem Dauerwaffenstillstand, während dessen kein Mensch an eine Fortleitung des Krieges mehr denkt, deutsche Gefangene auf unbestimmte Zeit in Gefangenschaft gehalten werden. Die deutsche Kommission hoffe bestimmt, daß die Entscheidung der alliierten Regierungen sich nicht nur auf die kranken und verwundeten Gefangenen beschränken werde.

+ Feuerzugszulage für Hinterbliebene. Es soll nunmehr auch den Hinterbliebenen von Militärpersonen der Unterlassen eine Feuerzugszulage gewährt werden, indem ihnen beim Empfang der für Februar dieses Jahres zu stehenden gefälligen Versorgungsgehälter die Zulage zu Kriegsversorgung, laufenden Zuwendungen und laufenden Unterhaltungen statt des einfachen Monatsbetrages der anderthalbfache Monatsbetrag ausbezahlt werden wird. Zu den vorbestimmten Hinterbliebenen zählen sämtliche Hinterbliebene von Militärpersonen der Unterlassen (Witwen, Waisen, Eltern, Stiefkinder, Stiefeltern, uneheliche Kinder usw.), denen auf Grund der Militärversorgungsgelege oder besonderer Bervaltungsbeschlüssen ein laufender Bezug aus Militärfonds zusteht.

Portugal. * Androhung der Monarchie. In der Hauptstadt Lissabon ist nunmehr offiziell die Monarchie ausgerufen worden. Ein Teil der Flotte hat sich der monarchischen Bewegung nicht angeschlossen, ist der Republik treu geblieben und beschießt die Stadt Oporto, die ebenfalls zur Monarchie übergegangen ist.

Genf. Wie aus dem neuesten französischen Budgetentwurf hervorgeht, betragen die Kriegskredite jetzt insgesamt 173 231 Millionen Franken.

Petersburg. Die russischen Sowjets haben im letzten Vierteljahre 1918 in 13764 Fällen das handgerichtliche Urteil vollstreckt.

Hamburg. Wie aus Niederbreiten mitgeteilt wird, ist die Meldung holländischer Wäiter, daß bereits die ersten Schritte mit Lebensmitteln für Deutschland unterwegs seien, unzutreffend.

Stuttgart. Die württembergische Regierung erwendet die Minister Heimann und Weiching sowie Prof. Blume aus Tübingen zur Bundesstaaten-Konferenz nach Berlin mit dem Auftrag, der Zerlegung Preußens entgegenzutreten, die zum Zerfall des Reiches führen würde.

Neueste Meldungen.

Der zukünftige deutsche Präsident.

Berlin, 25. Jan. Aus den feindlichen Ländern sind bestimmte Anzeichen nach hier gelangt, daß die Verbandsregierungen es gern sehen würden, wenn an die Spitze der zukünftigen deutschen Republik ein Mann gemäßigter politischer Richtung gelangen würde. Der Präsident solle zum mindesten nicht weiter rechts stehen als bei der bürgerlichen Demokratie. Durch Umfrage bei den verschiedenen Parteioorganisationen soll festgestellt sein, daß die Wehrheitssozialisten nicht gegen eine Kandidatur des Prinzen Max von Baden einzuwenden hätten, ebenso würden sich die bürgerlichen Rechtsparteien mit der Person des Prinzen als Präsidentschaftskandidat befreunden.

Rüstungen der Tschecho-Slowaken.

Berlin, 25. Jan. Wie halbamtlich erklärt wird, haben die Tschecho-Slowaken zurzeit 6 Divisionen zusammengezogen. Es liegt die Möglichkeit vor, daß die Kongreßpolen Verhandlungen mit den an der russischen Front befindlichen Truppen führen, und dann mit diesen Kräften die Deutschpolen unterstützen. Die in der letzten Zeit in verschiedenen Blättern verbreiteten Angaben über die weiter nördlich anmarschierenden Sowjettruppen geben ein gabelnmäßig falsches Bild. Diese Truppen sind kleiner, als angenommen wird.

England seiner Truppen nicht mehr sicher.

Rotterdam, 25. Jan. Nachrichten aus London zufolge bereitet die Entwicklung der Dinge in Irland der englischen Regierung schwere Sorgen. Die Regierung will auf jeden Fall einem ersten Zusammenstoß mit den Iren ausweichen. Der hauptsächlichste Grund dafür ist die Stimmung der englischen Truppen, die derzeit ist, daß die Londoner Regierung vor einer Kraftprobe zurücksteht.

Berlin, 26. Januar. Die Beratungen der Vertreter der deutschen Freiämter über den Verfassungsentwurf sind zum Abschluß gekommen. Es wurde folgende Entschliesung gefaßt. Unter dem Vorbehalt des Staatssekretärs des Innern tritt sofort eine Kommission zusammen, der je ein oder mehrere Vertreter der Einzelstaaten angehören, um den Entwurf eines provisorischen Grundgesetzes zu beraten, das der Nationalversammlung zur sofortigen Beschlußfassung vorgelegt werden soll. Das Grundgesetz sieht nur die Einsetzung einer Zentralgewalt, Bildung des Reichsministeriums und die Mitwirkung der Regierungen der Einzelstaaten bei der Nationalversammlung vor. Der Kommission wird der vorliegende Verfassungsentwurf zur Beratung überwiesen. Die Berichte der Kommission gehen an die Reichsregierung.

Berlin, 26. Januar. Nach zuverlässigen Nachrichten befindet sich Feldmarschall Rademken in Futzl im Schloß des Grafen Hofel mit zehn Herren seines Stabes, wahrscheinlich wird er dort bleiben. 500 Spahis bemachen das Schloß. Die Gefangenschaft ist sehr hart. Innerhalb des Parks nahe am Schloß ist ein Drohkraun gezogen. Der Marschall darf nur innerhalb dieses eng begrenzten Raumes spazieren gehen und ist auch sonst abgegeschlossen von jedem Verkehr mit der Außenwelt. Der junge Graf Eib als stellvertretender Hausherr darf sich in den Räumen Rademkens täglich nur eine Stunde aufhalten, und nur in Gegenwart der Wache mit ihm sprechen.

Das Auswärtige Amt hat erneut Schritte getan, um auf eine mildere Behandlung des Feldmarschalls hinzuwirken unter Hinweis, daß selbst der von uns bezinalich der Armes Rademken nicht anerkannte Waffenstillstand zwischen Ungarn und der Entente nur eine Internierung, aber keine Gefangenschaft durch Ungarn vorkiel.

Das Geheimnis der alten Mamsell.

Roman von E. Marlitt.

„Ach, ich komme wohl gerade recht zum peinlichen Verhör?“ fragte sie. „Reine liebe Karoline, jetzt werden Sie wohl einsehen lernen, daß es auch noch einen anderen Willen gibt, als den Ihreren, und für den armen Welsner kommt endlich die Entscheidung.“

„Ich bitte dich, Adele, laße jetzt Johannes reden!“ rief Frau Hellwig ziemlich kurz und ungnädig.

„Nun, bleiben wir vorläufig bei diesem einen Punkte stehen,“ sagte der Professor. „Er frage die Arme über der Braut und lehnte sich an einen Tisch. „Wollen Sie mir sagen, weshalb Sie den ehrenvollen Antrag des Mannes zurückweisen?“ Sein ruhiges, leidenschaftsloses Auge ruhte prüfend auf dem jungen Mädchen.

„Weil ich ihn verachte. Er ist ein elender Heuchler, der die Frömmigkeit als Bedmantel für seine Habgier und seinen Geiz benutzt,“ entgegnete sie fest und sicher; es galt jetzt durch ruhige, schlüssige Offenheit die Schläge zu parieren.

„Gott, welche Verleumdung!“ rief die Regierungsrätin. Sie schlug an schmerzlichen Unwillen die weißen Hände zusammen, und ihre großen, blauen Augen suchten anklagend den Himmel. Frau Hellwig aber ließ ein kurzes, rauhes Lachen aus.

„Da hast du ja gleich ein Pöbölchen von der Art und Weise deiner sogenannten Mädel, Johannes!“ rief sie. „zwei Mädelchen ist fast fertig mit Verachtung und bergleiden — ich kenne das!... Rad's kurz! Du kommst nicht um ein Haar dreht weiter mit ihr, und ich habe keine Lust, ehedate Leute, die in meinem Hause aus und eingehen, lästern zu hören!“

Der Professor antwortete nicht. Während er mit der Hand langsam über den Bart strich — es war eine merkwürdig schöne, schmale Hand — hing sein Blick an der Regierungsrätin, die noch wie ein betender Seraph da stand. Es schien

fast, als habe er nur ihren Andrus gehört, seine Lippen verzogen sich ein wenig — wer vermochte in dieser eigenartigen Pshyognomie zu lesen?

„Du hast ja gewaltige Charakterstudien in den wenigen Wochen dieses Hierseins gemacht, Adele!“ sagte er. „Wenn man in der Weise als Anwalt auftreten kann.“

„Um Gott, Johannes,“ unterbrach ihn die junge Witwe lebhaft, „du wirst doch nicht denken, daß ein besonderes Interesse —“ sie schwieg plöglch, und ein tiefes Rot schloß in ihre Wangen.

Jetzt bligte es entschieden wie Spott aus dem Auge des Professors.

„Sämtliche Damen, die bei der Tante aus und ein gehen, stimmen darin überein, daß Welsner ein Ehrenmann ist,“ sagte sie nach einer Pause der Sammlung entschuldigend hinzu. „Die Wiffungsgelder gehen durch seine Hände und die Gläubigen finden keinen Tadel an ihm.“

„Und darauf schwörst du nun natürlicherweise,“ ergänzte der Professor kurz abbrechend. „Ich kenne den Mann nicht,“ wandte er sich zu Felicias, „und kann deshalb nicht wissen, inwieweit Ihre Anlage gerechtfertigt ist.“

„Johannes!“ unterbrach ihn Frau Hellwig gereizt. „Bitte, Mutter, wir wollen das später allein erörtern,“ sagte er ruhig und beschwichtigend. „Zwingen wird Sie natürlich niemand,“ fuhr er, zu dem jungen Mädchen gewendet, fort. „Ich habe Ihnen allerdings bis hierher nie das Recht eingeräumt, in irgend einer Angelegenheit selbst zu entscheiden, einmal, weil ich Sie unter einer Führung wachte, der ich mein unbedingtes Vertrauen schenkte, und dann, weil Sie ein Charakter sind, der sich gern gefährlicher Uebergreife schuldig macht und sich stets gegen das auflehnt, was zu seinem wahren Wohl geschieht.“

„In dieser Frage jedoch hört meine Macht auf.“ „Ich kann Ihnen sogar in mancher Beziehung nicht unrecht geben, denn Sie sind jung, und er steht, wie ich höre, in vorgerücktem Alter — das tauzt nicht. Ein zweiter Stein des Anstoßes ist die Standesverschiedenheit; für den Augenblick wird er wohl über Ihre Besuflust hinwegsehen — später

tritt in solchen Dingen gewöhnlich ein Rückschlag ein, Störung des Gleichgewichts rächt sich selbst.“

„Wie kam das vernünftig und — herzlos! Er war in diesem Augenblicke genau der Verfasser aller jener schriftlichen Makregeln, die nie den verkümmerten Boden aus dem Auge verloren, dem das Spielerspiel entsprangen. Er verließ seinen bisherigen Platz und trat vor das junge Mädchen, dessen Lippen in einer hitzeren Lächeln zuckten.

„Sie haben uns schwer zu schaffen gemacht,“ sagte er und hob den Zeigefinger. „Sie haben es durchaus nicht verstanden und, wie ich annehmen muß, auch nicht gewollt, die Zuneigung meiner Mutter zu gewinnen. So wie die Sachen liegen, werden Sie selbst nicht wünschen, länger hier im Hause zu bleiben.“

„Ich ginge am liebsten in dieser Stunde noch.“

„Das glaube ich Ihnen gern, Sie haben ja fast deutlich genug gezeigt, daß Ihnen unsere strenge und gewissenhafte Fürsorge unentzürlich ist.“ Sein Ton hatte jetzt doch eine Beimischung von Aerger und Bereiztheit. „Es ist eben eine völlig verlorene Nähe unerseits gewesen, die Zugogelnatur in Ihnen unterdrücken zu wollen.“

Nun, Sie sollen haben, was Sie wünschen, aber ich halte meine Aufgabe noch nicht für beendet — ich will erst noch den Versuch machen, Ihre Angehörigen aufzufinden.“

Felicias schwieg und sah vor sich nieder. Sie mußte, daß dieser Schritt ohne Erfolg bleiben würde — Tante Gertruda hatte ihn längst getan. Vor vier Jahren war durch die Redaktion einer der ersten Zeitungen ein Aufruf an den Talschenspieler d'Orlosky und die Verwandten von dessen Ehefrau ergangen, er hatte alle namhaften Blätter durchlaufen, aber bis zur Stunde war niemand erschienen. Das konnte das junge Mädchen freilich nicht sagen.

(Fortsetzung folgt.)

Wählt die
Blüher-Ziste!

Deutsche

Volkspartei.

Wir wollen

1. Ein größeres Sachsen,

damit in der Ernährung unserer Bevölkerung und in der Rohstoffversorgung unserer Industrie nicht die jammervollen Zustände der Kriegszeit wiederkehren, sondern Sachsens Stimme im Reiche größeres Gewicht hat.

2. Rettung der Industrie und des Handels vor dem drohenden Untergang:

wir lehnen daher jede den Unternehmungsgeist unterbindende Sozialisierung ab, verlangen sofortige Wiedereinsetzung des freien Handels und sofortige Versorgung auch der sächsischen Industrie mit Rohstoffen, sowie zur Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit den Abbau der hohen Löhne im Verhältnis zum Sinken der Lebensmittelpreise, nicht zuletzt auch Schutz unserer nationalen Industrie vor amerikanischem und englischem Trustkapital.

3. Ausbau aller sozialen Bestrebungen,

die den Arbeiterstand materiell und kulturell heben, daher insbesondere Förderung des Kleinwohnungsbaues und der Volksbildung.

4. Neugestaltung des Schulwesens als einer rein staatlichen Einrichtung,

dabei Erhaltung des Religionsunterrichts als Pflichtunterrichts im Geiste der Konfession, aber ohne einseitige Dogmen und ohne Gewissenszwang für die Lehrer.

5. Schutz der Kunst,

die bisher den Ruhm Sachsens, insbesondere seiner Hauptstadt gebildet hat und die, wenn sie nicht mit allen Mitteln unterstützt wird, im demokratischen Staat zu veröden droht.

6. Erhaltung des Beamtentums:

der Beamte soll nicht, wie das in demokratischen Staaten notwendigerweise der Fall ist, nach der politischen Gesinnung angestellt werden und je nach dem Wechsel der regierenden Partei verschwinden; vielmehr verlangen wir, daß die Beamten nach wie vor unabhängig, auf Lebensdauer und mit Anspruch auf Ruhegehalt angestellt werden; neues Beamtenrecht und Neuregelung der Besoldung!

7. Förderung des Mittelstandes,

den Krieg und Revolution an den Rand des Abgrundes geführt haben.
Der Staat muß für Handwerk und Kleingewerbe helfend einspringen!

8. Erhaltung des Bauernstandes

auf eigener Scholle!

9. Gerechte Steuerpolitik:

Erhaltung der Steuerquellen, insbesondere des Erwerbseinkommens; Berücksichtigung der Kinderzahl; Schonung, nicht Bestrafung der Sparsamkeit und des Erwerbsfleißes.

10. Schutz und Lohn für die geistige Arbeit,

deren Wertschätzung durch die Revolution schwer gelitten hat.

11. Ruhe und Ordnung:

Unabhängigkeit der Gerichte und Richter!
Koalitions- und Pressefreiheit für alle!
Schaffung einer starken Regierung mit den nötigen Machtmitteln.

Wer uns in diesen Bestrebungen unterstützen will, der wähle die

Liste der Deutschen Volkspartei

die folgende Namen enthält:

Kandidatenliste

für die Wahlen zur sächsischen Volkskammer der Deutschen Volkspartei.

- | | |
|--|--|
| 1. Blüher, Bernh., Oberbürgermeister, Dresden. | 19. Huetpe, Dr. med., Professor, Dresden. |
| 2. Koch, Dr. Walter, Staatsminister a. D., Dresden. | 20. Fritsch, Maj. a. D. u. Fabrikbes., Oberlößnitz. |
| 3. Kaiser, Dr. Fritz, Rechtsanwalt, Dresden. | 21. Riedel, Paul, Ing. u. Fabrikbes., Pirna a. E. |
| 4. Niethammer, Konrad, Fabrikbes., Kriebstein, Sa. | 22. Uhlmann, Bruno, Gärtnereibes., Niederlößnitz. |
| 5. Hettner, Franz, Landgerichtsdirektor, Dresden. | 23. Sey, Walter, Arbeitersekretär, Dresden. |
| 6. Anders, Gotthold, Rechnungsrat, Dresden. | 24. Kessler, Johann, Pfarrer, Dresden. |
| 7. Bergemann, Dr., Realschuldirektor, Löbau, Sa. | 25. Walter, Bernhard, Tischlermeister, Dresden. |
| 8. Schurig, Dr. E. Lotte, Dresden. | 26. Müller, Sanitätsrat Dr., Zittau. |
| 9. Böhm, Dr. Ernst, Gymnasialprofessor, Meissen. | 27. Hientzsch, Kurt, Eisenb.-Assist., Königstein a. E. |
| 10. Winter, Martha, Lehrerin, Freiberg, Sa. | 28. Seume, Dr. Walter, Oberfinanzrat, Dresden. |
| 11. Wachsmuth, Max, kfm. Angest., Dresden. | 29. Arndt, Gertrud, Gutsbesitzerin, Oberwartha-Coffebaude. |
| 12. Noack, Ernst, Zimmermeister, Dresden. | 30. Quasig, Dr., Prokurist, Dölzchen. |
| 13. Langelott, Wilh., Fabrikbesitzer, Dresden. | 31. Tramm, Karl, Baufekretär, Dresden. |
| 14. Gäbler, Emil, Lokomotivführer, Dresden. | 32. Schnabel, Curt, Medizinalrat, Kößchenbroda. |
| 15. Otto, Richard, Fabrikbesitzer, Freiberg, Sa. | 33. Lehmann, Paul, Zollsekretär, Dresden-Hellerau. |
| 16. Scheibner, Martin, Gemeindevorstand, Deuben-Dresden. | 34. Heinze, Dr. Rudolf, Staatsminister a. D., Loschwitz. |
| 17. Helbig-Tränkner, Helene, Zittau. | 35. Vogel, Dr. Paul, Geheimer Rat, Dresden. |
| 18. Thier, Hermann, Fabrikbes., Königstein a. E. | |

London, 25. Januar. (Reuter.) Folgender amtlicher Bericht ist aus Paris eingegangen: Der Arbeitsplan für die zweite Versammlung der Friedenskonferenz, welche am 25. Januar nachmittags abgehalten werden soll, ist folgender:

Erstens der Völkerbund, zweitens Verletzungen der Kriegsgesetze, drittens die Wiedergutmachung von Schäden, viertens internationale Gesetzgebung über die Industrie und Arbeiterfrage, fünftens internationale Kontrolle der Häfen, Wasserwege und Eisenbahnen.

Die vorbereitenden Entschlüsse werden sich mit den obigen Gegenständen befassen. Der Entwurf der Entschlüsse besagt in Bezug auf den Völkerbund:

Die Friedenskonferenz hat nach der Erwägung Vorschläge für die Schaffung des Völkerbundes beschließen:

1. Es ist für die Aufrechterhaltung der Neuordnung der Welt, zu welcher die assoziierten Nationen jetzt zusammengetreten, wesentlich, daß der Völkerbund geschlossen wird, um die internationale Zusammenarbeit zu fördern, die Erfüllung angenommenen internationaler Verpflichtungen zu sichern und Sicherungen gegen den Krieg vorzulegen.

2. Der Völkerbund soll als Hauptbestandteil in den allgemeinen Friedensvertrag aufgenommen werden; er soll jeder zivilisierten Nation offenstehen, welche Gewähr dafür bietet, daß sie seine Ziele fördert.

3. Die Mitglieder des Völkerbundes sollen regelmäßig in internationalen Konferenzen zusammentreten und eine ständige Organisation und ein Sekretariat unterhalten, um die Angelegenheiten des Bundes in den Zeiten zwischen den Konferenzen zu führen. Die Konferenz bestimmt daher ein Komitee von Vertretern der assoziierten Regierungen, um die Einzelheiten der Ausgestaltung und der Obliegenheiten des Bundes auszuarbeiten.

Der Entwurf der Entschlüsse in betreff der Verletzungen der Kriegsgesetze lautet: Eine Kommission, bestehend aus je zwei Vertretern von fünf Großmächten und fünf Vertretern anderer noch auszuwählender Mächte, ist dazu bestimmt, über Folgendes Erhebungen anzustellen und Bericht zu erstatten: 1. Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges, 2. Verletzungen der Kriegsgesetze und -bräuche, die von den Streitkräften des Deutschen Reiches und seiner Verbündeten auf dem Lande, zur See und in der Luft während des Krieges begangen wurden, 3. die Verletzungen der Verantwortlichkeit für diese Verletzungen, insofern sie sich auf einzelne Angehörige der feindlichen Streitkräfte einschließlich der Mitglieder der Generalstäbe und anderer Personen, so hoch sie auch stehen mögen, beziehen.

4. Zusammenlegung und Verfahren des Gerichtshofes um derartige Verletzungen festzustellen, 5. aller anderen Angelegenheiten, die den obigen verwandt oder untergeordnet sind und im Laufe der Untersuchung auftauchen können und welche die Kommission für nützlich und erheblich findet, um sie in Erwägung zu ziehen.

Die der Konferenz vorzuliegende Entschlüsse in betreff der Wiedergutmachungen besagt, daß Kommissionen mit nicht mehr als zwei Vertretern Belgiens, Griechenlands, Polens, Rumaniens und Serbiens bestimmt werden sollen, um über die Höhe der Entschädigung, welche die feindlichen Länder zahlen müßten, Untersuchungen anzustellen und schnellstens zu berichten, zweitens über das, was diese zu zahlen fähig sind und drittens über die Art, Form und Zeit, innerhalb welcher die Zahlung erfolgen könnte.

Die Entschlüsse in betreff der internationalen Gesetzgebung in Industrie- und Arbeiterfragen besagt, daß eine Kommission bestehend aus je zwei Vertretern von je 5 Großmächten und je 5 anderen auf der Friedenskonferenz vertretenen Mächten ernannt werden soll, um die Arbeitsbedingungen vom internationalen Gesichtspunkt unterrichten und über die internationalen Mittel und Wege zu beraten, die notwendig sind, um eine einheitliche Regelung in mit diesen Arbeitsbedingungen zusammenhängenden Angelegenheiten zu sichern und eine ständige Kommission zu entwickeln, die derartige Untersuchungen und Förderungen in Verbindung mit dem Völkerbunde und unter seiner Leitung fortsetzen soll.

Ein Entschlußentwurf besagt, daß eine aus 2 Vertretern von 5 Großmächten und 5 Vertretern noch zu bestimmender Mächte bestehende Kommission ernannt werden soll, um über die internationale Kontrolle der Häfen, Wasserwege und Eisenbahnen Erhebungen anzustellen und Bericht zu erstatten.

entschieden, da die Tschechen nicht weiter nach Norden vorrückten. Die Verluste der Polen betragen 5 Tote und 15 Verwundete.

Aus Stadt und Land.

Mitteilungen für diese Rubrik nehmen wir immer dankbar entgegen. Wilsdruff, den 27. Januar 1919.

Die Tage wachsen von jetzt ab morgens wie abends sichtbar, und es wird sich nun zeigen, ob die gelehrten Wetterpropheten oder die aus Wetterkreisen, deren Voraussetzungen sich für diesen Winter direkt gegenüberstanden, recht behalten. Die ersteren hatten einen ziemlich strengen Frostwinter, die letzteren einen milden, höchstens sehr gemäßigten Winter angelündigt. Bisher haben die bäuerlichen Propheten recht behalten. Der Februar war häufig der kälteste Wintermonat, je näher wir ihm kommen, wird sich der Charakter des Winters entscheiden. Der Winter 1918 war mäßig kalt bis milde. Der Winter 1917 war sehr kalt — bis 32 Grad — und dauerte bis tief in den April hinein. Im allgemeinen dürfte sich die Witterung 1919 wieder ungefähr normal entwickeln.

Den Wahlkampf zur Volkstammer Sachsen leitete die Mehrheitssozialdemokratie in unserem Bezirke mit nicht weniger als fünf Versammlungen ein. So sprachen am Sonnabend in Klipphausen der Vorsitzende des Hauptverbandes Deutsche Christenketten Lehmann-Dresden, in Münszig Herr Karl Wenk-Poischappel, am Sonntag in Mohorn und Herzogswalde Arbeitersekretär Völkel-Dresden, endlich in unserer Stadt selbst nachmittags 5 Uhr im „Goldenen Löwen“ Redakteur Hahnemwald über „Die Bedeutung der Wahl zur Volkstammer.“ Er behandelte eingangs seiner Rede das alte Regime und die Schuld der bürgerlichen Parteien, die im Reiche wie in Sachsen dem gesamten Volke wie der neuen Regierung im besondern eine schlimme Erbschaft überlassen hätten. Es kämen sich Schwierigkeiten auf Schwierigkeiten, die auch eine rein sozialistische Regierung nicht von heute auf morgen beseitigen könne. „Im dem schwierigen Kapitel der Lebensmittelversorgung träte die traurige Finanzlage Sachsens hinzu, die eine ganz gründliche Umgestaltung des Steuerwesens, Erfassung der großen Vermögen, Ausbau der Erbschaftsteuer und nicht zuletzt die Sozialisierung der dazu reifen Großbetriebe unbedingt nötig macht. Weiter müsse die Rohstoffversorgung und Verteilung staatlich geregelt, eine gründliche Schulreform im Sinne der Einheitschule und die Trennung des Staates von der Kirche zu betreiben werden, daß jedem volle Religionsfreiheit gewährt, jeder nach seiner Fasson selig werden könne. Mit einem Appell an die Anwesenden, am 2. Februar durch Abgabe des Stimmzettels Fräulein-Sindermann den Grund zu einem wirklich freien Volksstaat Sachsen zu legen, schloß der Referent seine beifällig aufgenommenen Ausführungen, zu denen keine weitere Aussprache gemäht wurde.

Vertüglung der Wahlzeit für die sächsische Volkstammer? Wie aus Dresden berichtet wird, hat die sächsische Regierung die Absicht, den vielfachen Wünschen auf Vertüglung der Wahlzeit, die nach dem 19. Januar laut geworden sind, in der Form gerecht zu werden, daß sie den Wahlkommissar ermächtigt, auf Ansuchen der einzelnen Gemeinden die Wahlzeit auf die Stunden von 9 bis 6 Uhr abends statt bis 8 Uhr festzusetzen. Ein Zwang soll aber nicht ausgeübt werden, da die Verhältnisse in einzelnen Gemeinden so liegen, daß die längere Wahlbauer empfehlenswerter ist.

Zusammentritt der Sächsischen Volkstammer am 17. Februar? Als Termin für die erste Tagung der bekanntlich am 2. Februar zu wählenden Sächsischen Volkstammer ist Montag, der 17. Februar in Aussicht genommen.

Landwirte, gibt die beliebtesten Landeskartoffelarten-Abschnitte sofort an die Gemeindebehörde ab. Saumseligkeit kann für den Bezirk schwere Folgen haben, weil die Regierung mit der Absicht umgeht, für diejenigen Kommunalverbände, die nach der Ansicht der Landeskartoffelstelle ihrer Kartoffel-Ablieferungspflicht noch nicht voll nachgekommen sind, die Erzeugerentlastung herabzusetzen und den Erzeugern auf Grund dessen eine nochmalige Abgabe von 1 Zentner auf den Kopf des Haushaltes aufzuerlegen.

Beilage. Der heutigen Nummer ist ein Flugblatt der Deutschen Volkspartei, das zugleich die Blätter-Liste enthält, beigelegt.

Militär-Konzert. Gestern abend hielt die bestens bekannte Kapelle der 177er wieder einmal Einkehr in unserer Stadt und bot unter Leitung seines Dirigenten im „Weißes Ader“ den sehr zahlreichen Besuchern einen lustigen Blütenstrauß aus dem Füllhorn edler Musik dar, der bewundernde und beifallsfreudige Aufnahme fand. Dem Konzert folgte Ball, der aber infolge der überaus starken Anteilnahme von jung und alt kaum den erhofften Genuß gebracht haben dürfte.

Gemeindevahlen in Sachsen. In Leipzig wurden bei den Stadtverordnetenwahlen abgegeben: für die Unabhängigen 133000, für die Mehrheitssozialisten 24000, für die Deutschdemokraten 61000, für die wirtschaftlichen Vätergarausung 27000, für die Deutschnationale Volkspartei 10000, für die Privatanzestelltenverbände 15000 und für das Zentrum 1900 Stimmen. Es ergibt sich somit eine Mehrheit der beiden sozialdemokratischen Parteien. — In Auerbach i. V. erhielten die Bürgerlichen 11 Sitze und die Sozialdemokraten 12 Sitze. — In Annaberg i. E. wurden 19 Bürgerliche und 15 Sozialdemokraten, in Aue 17 Sozialdemokraten, 4 Beamte und Festbesoldete und 6 Demokraten, in Slegmar bei Chemnitz 8 Mehrheitssozialisten, 1 Unabhängiger und 5 Bürgerliche, in Burgstädt 12 Sozialdemokraten und 9 Bürgerliche gewählt.

Der Brotpreis. In der Dresdner Pressebesprechung vom 9. Januar teilte der Vorsitzende des Dresdener Ernährungsamtes, Stadtrat Uras, mit, daß der Brotpreis von 24 auf 26 Pfennige das Pfund erhöht werden müsse. Diese Erhöhung sei unbedingt durch die Steigerung der Arbeitslöhne, den Anstiegsentag, die Steigerung der Kohlenpreise, der Transportkosten usw. Die Backstoffe seien allein von 16 Mark auf 22, 25 Mark für den Doppelkanten gestiegen. Die fünf-Pfund-Ration werde bis auf weiteres beibehalten. Im allgemeinen sei aber auch die Broterzeugung durch die Verhältnisse im Osten nicht gebessert.

Zur Lebensmittelversorgung. Die 6. Pressebesprechung, die am 23. d. M. im Landeslebensmittellamt stattfand, brachte eine allgemeine Aussprache über die Lebensmittelversorgung, in der sämtliche Fragen, die zur Zeit besonderes Interesse haben, erörtert wurden. Der zuständige Berichterstatter hielt einen Vortrag über die Nahrheitsmittelverteilung und das Zulagenwesen; hierbei hob er hervor, daß zur Zeit nur noch die Bergarbeiter und einige Gruppen von Eisenbahner bei der Zuteilung mit Nahrungsmitteln bevorzugt werden. An Kartoffeln sind in der letzten Woche infolge der offenen Witterung noch immer 80000 Zentner eingegangen, während in der entsprechenden Woche 1918 nur 6 Wagen, 1917 98 Wagen nach Sachsen kamen. Zur lebhaften Verwunderung der Anwesenden wurde ferner mitgeteilt, daß der deutsche Fischfang nicht in Gang kommen will, weil die Fischer unerhörte Forderungen (an Lohn, Lebensversicherung und dergl.) stellen: 100 Dampfer sind jetzt zur Verfaugung gestellt worden, davon fahren jedoch 90 nicht aufs Meer, weil die Matrosen sie sich als Wohnschiffe vorgerichtet haben. Weiter wurde bekannt gegeben, daß der Wochenloppschaff am Fleisch vom 3. 2. an im ganzen Lande einheitlich 250 Gramm für die vollartenberechtigten Personen betragen wird.

Der Freistaat Sachsen wird zwei Frauen in die Nationalversammlung nach Weimar entsenden. Beide gehören den Mehrheitssozialisten an: Frau Luise Dresden (gewählt im 28. Wahlkreis Dresden) und Hausfrau Minna Schilling in Döbeln (gewählt im 30. Wahlkreis Chemnitz). Weder Frau Luise noch Frau Schilling sind in der Öffentlichkeit bisher besonders hervorgetreten. Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen sind im ganzen 34 Frauen in die Nationalversammlung gewählt worden und zwar von den Mehrheitsdemokraten 16, von den Unabhängigen 4, von den Demokraten 5, vom Zentrum 6 und von den Deutschnationalen 3.

Von der früheren sächsischen Königsfamilie. Wie eine Dresdner Redaktion aus Breslau erfährt, haben die Söhne des ehemaligen Königs, sowie Prinz Johann Georg in Breslau am Sonntag ihr Wahlrecht ausgeübt; der frühere König aber nicht. Die Garnison Breslau stellt für das Schloß Sybillenort, wo sich die kgl. Familie aufhält, eine Schutzwache. Es besteht zwischen den Mitgliedern der früheren königlichen Familie und den Mannschaften dieser Schutzwache ein sehr freundschaftliches Verhältnis; so daß die Wache für Sybillenort von den Soldaten sehr gern übernommen wird.

Militärtestamente. Mancher Kriegsteilnehmer wird vor seinem Ausrücken ins Feld oder während seiner Dienstzeit ein Testament errichtet haben. Diese sogenannten Militärtestamente (eigenhändig geschrieben, ohne Ort und Datum) verlieren ihre Gültigkeit mit dem Ablauf eines Jahres von dem Tage ab, an welchem der Truppenteil, zu dem der Erblasser gehört, demobil gemacht ist. Diejenigen Kriegsteilnehmer, die ihr Militärtestament nach Friedensschluss aufrechterhalten wollen, müssen vor Eintritt der Ungültigkeit ihre letztwillige Verfügung bei Gericht oder einem Notar erneuern. Ist aber bereits früher ein Testament vor einem Gericht oder einem Notar errichtet, so behält dieses seine Richtigkeit, vorausgesetzt, daß der Erblasser es aufrechterhält. Militärtestamente, die eigenhändig geschrieben und mit Ort und Datum versehen sind, verlieren ihre Gültigkeit nicht.

Und Sachsen? Ein Leser schreibt dem „S. L.“: Kürzlich besagte eine Zeitungsnachricht, daß die ersten amerikanischen Lebensmittel in Darmstadt angekommen seien. Ist dies wahr, so darf man sich darüber freuen. Damit beweist Amerika ja, daß es sein Versprechen einlöst. Was aber tut nun Sachsen? Sachsen, das gleich dem rheinischen Industriegebiete in diesem Kriege am meisten gehungert hat und noch hungert. Werden die Kommunalverbände die sächsische Regierung zu bewegen suchen, daß sie gleich den süddeutschen Staaten über die Lebensmittelfrage mit Amerika in Verhandlungen treten? Nicht die Wahlen zur Volkstammer sind uns das Notwendigste. Wir brauchen vor allen Dingen Fett und Speck! Nirgends sah ich so ausgehungerte Menschen wie in meiner Heimat.

Die Elbischiffahrt liegt heuer arg darnieder. Während früher, sobald die Elbe eisfrei war, schon im Januar ein recht reger Schiffsverkehr einsetzte, ruht letzter in diesem Jahre fast vollständig. Die gegenwärtigen Verhältnisse lassen auch für die nächste Zukunft noch keine Besserung erhoffen. An den oberer Umschlagplätzen fehlt es gänzlich an den Zufahren von Holz und Kohlen.

Dresden tritt nicht an die Stelle von Weimar. Dem Abgeordneten Sindermann in Berlin ist es nicht gelungen, als Verhandlungsort der Nationalversammlung Dresden statt Weimar durchzusetzen. In Berlin fand er an sich Geneigtheit zum Entgegenkommen, aber die süddeutschen Staaten, insbesondere Bayern, bestanden auf Weimar.

Neutralität. Nachdem der Inhaber der zweiten Lehrstelle, Herr Lehrer Wagner, glücklich und wohlbehalten aus dem Felde zurückgekehrt ist, hat derselbe am vergangenen Montag seine Lehrtätigkeit an der Schule wieder aufgenommen. Vor Beginn des Unterrichts wurde er im befranzten Schulzimmer vom leitenden Lehrer und den Kindern in herzlicher Weise begrüßt, wofür Herr Wagner in bewogen Worten seinen Dank einbot.

Meißen. Die ehemalige Meißner Kriegsgarnison, das vor 14 Tagen aus dem Felde zurückgekehrte Landwehr-Infanterie-Regiment 101, wird jetzt aufgelöst. Die bald nach ihrer Ankunft in die Heimat einzuweisenden beurlaubten Mannschaften werden jetzt wieder kompanieweise einberufen, um nunmehr endgültig entlassen zu werden.

Steglich b. Meißen. Beim Spielen mit einem Bel fiel letzteres mit seiner scharfen Spitze so unglücklich auf die Hand eines 5-jährigen Jungen, daß ihm 2 Finger ganz und ein dritter Finger zur Hälfte von der Hand getrennt wurden.

Dresden. Die Pocken sind hier noch immer nicht im Rückgang begriffen. Es werden täglich immer noch 2 oder 3 neue Fälle gemeldet. In der vorigen Woche waren es insgesamt 52, während bis zum Mittwoch 160 Pockenfälle in Dresden vorgekommen sind, von denen einige tödlich verliefen.

Letzte Drahtberichte

des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Die Baumwolleinfuhr.

Washington, 25. Jan. (wtb.) In der Antwort auf ein Ersuchen der Baumwolle erzeugenden Staaten, daß alle Ansuchenbeschränkungen für Baumwolle nach nicht-feindlichen Ländern aufgehoben und auch Verweisungen nach Deutschland und Oesterreich so rasch wie möglich gehandelt würden, kabinete Wilson, daß Baumwolle jetzt nach allen Ländern in Mengen, die ihrem Bedarf entsprechen, ausgeführt werden könne.

Konferenzbeschlüsse der Regierungsvertreter der deutschen Staaten.

Berlin, den 27. Jan. (tu.) Die Konferenz der Vertreter der Regierungen der deutschen Staaten hat Sonntag bis zum Abend getagt und sich auf den Entwurf eines provisorischen Grundgesetzes für die Reichsverfassung geeinigt, der der Nationalversammlung zur sofortigen Beschlussfassung vorgelegt werden soll, falls er die Zustimmung der Reichsregierung findet. Es dürfte sich bei dem Beschlusse der Konferenz um wesentlich um eine Grundlage für die Bildung einer vorläufigen Regierung handeln, da die jetzige Regierung der Nationalversammlung ihre Resignation zur Verfügung stellen wird. In dem Entwurf wird daher vermuthlich auch bereits auf die Bildung einer Regierung aus mehreren Parteien, wie anzunehmen ist, sozialdemokratisch und demokratisch bedacht genommen sein. Ferner kommt die Mitwirkung der Regierungen der einzelnen Staaten bei der Nationalversammlung und der Reichsregierung in Frage. Es wird erwartet, daß die Regierung schon heute zu dem Beschlusse der Konferenz Stellung nehmen wird. Die Konferenz tritt heute vormittags 11 Uhr wieder zusammen.

Verhaftung Angestellter der deutschen Gesundheitsamt durch finnische Behörden.

Stockholm, 27. Jan. (tu.) Nach einer finnischen Meldung wurden in Helsinki fünf Angestellte der deutschen Gesundheitsamt aus unbekannten Gründen von den finnischen Behörden verhaftet.

Gefecht zwischen Tschechen und Polen.

Doppel, den 27. Jan. (tu.) Am Sonnabend fand ein Gefecht zwischen Tschechen und Polen zwischen Petroschl und Karolin statt. Die Tschechen waren etwa 2000 Mann stark. Die Polen, die von der Oderberger Genand bis dahin zurückgegangen sind, haben erhebliche Verluste erlitten. Der Kampf blieb anscheinend un-

entschieden, da die Tschechen nicht weiter nach Norden vorrückten. Die Verluste der Polen betragen 5 Tote und 15 Verwundete.

Aus Stadt und Land.

Mitteilungen für diese Rubrik nehmen wir immer dankbar entgegen. Wilsdruff, den 27. Januar 1919.

Die Tage wachsen von jetzt ab morgens wie abends sichtbar, und es wird sich nun zeigen, ob die gelehrten Wetterpropheten oder die aus Wetterkreisen, deren Voraussetzungen sich für diesen Winter direkt gegenüberstanden, recht behalten. Die ersteren hatten einen ziemlich strengen Frostwinter, die letzteren einen milden, höchstens sehr gemäßigten Winter angelündigt. Bisher haben die bäuerlichen Propheten recht behalten. Der Februar war häufig der kälteste Wintermonat, je näher wir ihm kommen, wird sich der Charakter des Winters entscheiden. Der Winter 1918 war mäßig kalt bis milde. Der Winter 1917 war sehr kalt — bis 32 Grad — und dauerte bis tief in den April hinein. Im allgemeinen dürfte sich die Witterung 1919 wieder ungefähr normal entwickeln.

Den Wahlkampf zur Volkstammer Sachsen leitete die Mehrheitssozialdemokratie in unserem Bezirke mit nicht weniger als fünf Versammlungen ein. So sprachen am Sonnabend in Klipphausen der Vorsitzende des Hauptverbandes Deutsche Christenketten Lehmann-Dresden, in Münszig Herr Karl Wenk-Poischappel, am Sonntag in Mohorn und Herzogswalde Arbeitersekretär Völkel-Dresden, endlich in unserer Stadt selbst nachmittags 5 Uhr im „Goldenen Löwen“ Redakteur Hahnemwald über „Die Bedeutung der Wahl zur Volkstammer.“ Er behandelte eingangs seiner Rede das alte Regime und die Schuld der bürgerlichen Parteien, die im Reiche wie in Sachsen dem gesamten Volke wie der neuen Regierung im besondern eine schlimme Erbschaft überlassen hätten. Es kämen sich Schwierigkeiten auf Schwierigkeiten, die auch eine rein sozialistische Regierung nicht von heute auf morgen beseitigen könne. „Im dem schwierigen Kapitel der Lebensmittelversorgung träte die traurige Finanzlage Sachsens hinzu, die eine ganz gründliche Umgestaltung des Steuerwesens, Erfassung der großen Vermögen, Ausbau der Erbschaftsteuer und nicht zuletzt die Sozialisierung der dazu reifen Großbetriebe unbedingt nötig macht. Weiter müsse die Rohstoffversorgung und Verteilung staatlich geregelt, eine gründliche Schulreform im Sinne der Einheitschule und die Trennung des Staates von der Kirche zu betreiben werden, daß jedem volle Religionsfreiheit gewährt, jeder nach seiner Fasson selig werden könne. Mit einem Appell an die Anwesenden, am 2. Februar durch Abgabe des Stimmzettels Fräulein-Sindermann den Grund zu einem wirklich freien Volksstaat Sachsen zu legen, schloß der Referent seine beifällig aufgenommenen Ausführungen, zu denen keine weitere Aussprache gemäht wurde.

Vertüglung der Wahlzeit für die sächsische Volkstammer? Wie aus Dresden berichtet wird, hat die sächsische Regierung die Absicht, den vielfachen Wünschen auf Vertüglung der Wahlzeit, die nach dem 19. Januar laut geworden sind, in der Form gerecht zu werden, daß sie den Wahlkommissar ermächtigt, auf Ansuchen der einzelnen Gemeinden die Wahlzeit auf die Stunden von 9 bis 6 Uhr abends statt bis 8 Uhr festzusetzen. Ein Zwang soll aber nicht ausgeübt werden, da die Verhältnisse in einzelnen Gemeinden so liegen, daß die längere Wahlbauer empfehlenswerter ist.

Zusammentritt der Sächsischen Volkstammer am 17. Februar? Als Termin für die erste Tagung der bekanntlich am 2. Februar zu wählenden Sächsischen Volkstammer ist Montag, der 17. Februar in Aussicht genommen.

Landwirte, gibt die beliebtesten Landeskartoffelarten-Abschnitte sofort an die Gemeindebehörde ab. Saumseligkeit kann für den Bezirk schwere Folgen haben, weil die Regierung mit der Absicht umgeht, für diejenigen Kommunalverbände, die nach der Ansicht der Landeskartoffelstelle ihrer Kartoffel-Ablieferungspflicht noch nicht voll nachgekommen sind, die Erzeugerentlastung herabzusetzen und den Erzeugern auf Grund dessen eine nochmalige Abgabe von 1 Zentner auf den Kopf des Haushaltes aufzuerlegen.

Beilage. Der heutigen Nummer ist ein Flugblatt der Deutschen Volkspartei, das zugleich die Blätter-Liste enthält, beigelegt.

Militär-Konzert. Gestern abend hielt die bestens bekannte Kapelle der 177er wieder einmal Einkehr in unserer Stadt und bot unter Leitung seines Dirigenten im „Weißes Ader“ den sehr zahlreichen Besuchern einen lustigen Blütenstrauß aus dem Füllhorn edler Musik dar, der bewundernde und beifallsfreudige Aufnahme fand. Dem Konzert folgte Ball, der aber infolge der überaus starken Anteilnahme von jung und alt kaum den erhofften Genuß gebracht haben dürfte.

Gemeindevahlen in Sachsen. In Leipzig wurden bei den Stadtverordnetenwahlen abgegeben: für die Unabhängigen 133000, für die Mehrheitssozialisten 24000, für die Deutschdemokraten 61000, für die wirtschaftlichen Vätergarausung 27000, für die Deutschnationale Volkspartei 10000, für die Privatanzestelltenverbände 15000 und für das Zentrum 1900 Stimmen. Es ergibt sich somit eine Mehrheit der beiden sozialdemokratischen Parteien. — In Auerbach i. V. erhielten die Bürgerlichen 11 Sitze und die Sozialdemokraten 12 Sitze. — In Annaberg i. E. wurden 19 Bürgerliche und 15 Sozialdemokraten, in Aue 17 Sozialdemokraten, 4 Beamte und Festbesoldete und 6 Demokraten, in Slegmar bei Chemnitz 8 Mehrheitssozialisten, 1 Unabhängiger und 5 Bürgerliche, in Burgstädt 12 Sozialdemokraten und 9 Bürgerliche gewählt.

Der Brotpreis. In der Dresdner Pressebesprechung vom 9. Januar teilte der Vorsitzende des Dresdener Ernährungsamtes, Stadtrat Uras, mit, daß der Brotpreis von 24 auf 26 Pfennige das Pfund erhöht werden müsse. Diese Erhöhung sei unbedingt durch die Steigerung der Arbeitslöhne, den Anstiegsentag, die Steigerung der Kohlenpreise, der Transportkosten usw. Die Backstoffe seien allein von 16 Mark auf 22, 25 Mark für den Doppelkanten gestiegen. Die fünf-Pfund-Ration werde bis auf weiteres beibehalten. Im allgemeinen sei aber auch die Broterzeugung durch die Verhältnisse im Osten nicht gebessert.

Zur Lebensmittelversorgung. Die 6. Pressebesprechung, die am 23. d. M. im Landeslebensmittellamt stattfand, brachte eine allgemeine Aussprache über die Lebensmittelversorgung, in der sämtliche Fragen, die zur Zeit besonderes Interesse haben, erörtert wurden. Der zuständige Berichterstatter hielt einen Vortrag über die Nahrheitsmittelverteilung und das Zulagenwesen; hierbei hob er hervor, daß zur Zeit nur noch die Bergarbeiter und einige Gruppen von Eisenbahner bei der Zuteilung mit Nahrungsmitteln bevorzugt werden. An Kartoffeln sind in der letzten Woche infolge der offenen Witterung noch immer 80000 Zentner eingegangen, während in der entsprechenden Woche 1918 nur 6 Wagen, 1917 98 Wagen nach Sachsen kamen. Zur lebhaften Verwunderung der Anwesenden wurde ferner mitgeteilt, daß der deutsche Fischfang nicht in Gang kommen will, weil die Fischer unerhörte Forderungen (an Lohn, Lebensversicherung und dergl.) stellen: 100 Dampfer sind jetzt zur Verfaugung gestellt worden, davon fahren jedoch 90 nicht aufs Meer, weil die Matrosen sie sich als Wohnschiffe vorgerichtet haben. Weiter wurde bekannt gegeben, daß der Wochenloppschaff am Fleisch vom 3. 2. an im ganzen Lande einheitlich 250 Gramm für die vollartenberechtigten Personen betragen wird.

Der Freistaat Sachsen wird zwei Frauen in die Nationalversammlung nach Weimar entsenden. Beide gehören den Mehrheitssozialisten an: Frau Luise Dresden (gewählt im 28. Wahlkreis Dresden) und Hausfrau Minna Schilling in Döbeln (gewählt im 30. Wahlkreis Chemnitz). Weder Frau Luise noch Frau Schilling sind in der Öffentlichkeit bisher besonders hervorgetreten. Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen sind im ganzen 34 Frauen in die Nationalversammlung gewählt worden und zwar von den Mehrheitsdemokraten 16, von den Unabhängigen 4, von den Demokraten 5, vom Zentrum 6 und von den Deutschnationalen 3.

Von der früheren sächsischen Königsfamilie. Wie eine Dresdner Redaktion aus Breslau erfährt, haben die Söhne des ehemaligen Königs, sowie Prinz Johann Georg in Breslau am Sonntag ihr Wahlrecht ausgeübt; der frühere König aber nicht. Die Garnison Breslau stellt für das Schloß Sybillenort, wo sich die kgl. Familie aufhält, eine Schutzwache. Es besteht zwischen den Mitgliedern der früheren königlichen Familie und den Mannschaften dieser Schutzwache ein sehr freundschaftliches Verhältnis; so daß die Wache für Sybillenort von den Soldaten sehr gern übernommen wird.

Militärtestamente. Mancher Kriegsteilnehmer wird vor seinem Ausrücken ins Feld oder während seiner Dienstzeit ein Testament errichtet haben. Diese sogenannten Militärtestamente (eigenhändig geschrieben, ohne Ort und Datum) verlieren ihre Gültigkeit mit dem Ablauf eines Jahres von dem Tage ab, an welchem der Truppenteil, zu dem der Erblasser gehört, demobil gemacht ist. Diejenigen Kriegsteilnehmer, die ihr Militärtestament nach Friedensschluss aufrechterhalten wollen, müssen vor Eintritt der Ungültigkeit ihre letztwillige Verfügung bei Gericht oder einem Notar erneuern. Ist aber bereits früher ein Testament vor einem Gericht oder einem Notar errichtet, so behält dieses seine Richtigkeit, vorausgesetzt, daß der Erblasser es aufrechterhält. Militärtestamente, die eigenhändig geschrieben und mit Ort und Datum versehen sind, verlieren ihre Gültigkeit nicht.

Und Sachsen? Ein Leser schreibt dem „S. L.“: Kürzlich besagte eine Zeitungsnachricht, daß die ersten amerikanischen Lebensmittel in Darmstadt angekommen seien. Ist dies wahr, so darf man sich darüber freuen. Damit beweist Amerika ja, daß es sein Versprechen einlöst. Was aber tut nun Sachsen? Sachsen, das gleich dem rheinischen Industriegebiete in diesem Kriege am meisten gehungert hat und noch hungert. Werden die Kommunalverbände die sächsische Regierung zu bewegen suchen, daß sie gleich den süddeutschen Staaten über die Lebensmittelfrage mit Amerika in Verhandlungen treten? Nicht die Wahlen zur Volkstammer sind uns das Notwendigste. Wir brauchen vor allen Dingen Fett und Speck! Nirgends sah ich so ausgehungerte Menschen wie in meiner Heimat.

Die Elbischiffahrt liegt heuer arg darnieder. Während früher, sobald die Elbe eisfrei war, schon im Januar ein recht reger Schiffsverkehr einsetzte, ruht letzter in diesem Jahre fast vollständig. Die gegenwärtigen Verhältnisse lassen auch für die nächste Zukunft noch keine Besserung erhoffen. An den oberer Umschlagplätzen fehlt es gänzlich an den Zufahren von Holz und Kohlen.

Dresden tritt nicht an die Stelle von Weimar. Dem Abgeordneten Sindermann in Berlin ist es nicht gelungen, als Verhandlungsort der Nationalversammlung Dresden statt Weimar durchzusetzen. In Berlin fand er an sich Geneigtheit zum Entgegenkommen, aber die süddeutschen Staaten, insbesondere Bayern, bestanden auf Weimar.

Neutralität. Nachdem der Inhaber der zweiten Lehrstelle, Herr Lehrer Wagner, glücklich und wohlbehalten aus dem Felde zurückgekehrt ist, hat derselbe am vergangenen Montag seine Lehrtätigkeit an der Schule wieder aufgenommen. Vor Beginn des Unterrichts wurde er im befranzten Schulzimmer vom leitenden Lehrer und den Kindern in herzlicher Weise begrüßt, wofür Herr Wagner in bewogen Worten seinen Dank einbot.

Meißen. Die ehemalige Meißner Kriegsgarnison, das vor 14 Tagen aus dem Felde zurückgekehrte Landwehr-Infanterie-Regiment 101, wird jetzt aufgelöst. Die bald nach ihrer Ankunft in die Heimat einzuweisenden beurlaubten Mannschaften werden jetzt wieder kompanieweise einberufen, um nunmehr endgültig entlassen zu werden.

Steglich b. Meißen. Beim Spielen mit einem Bel fiel letzteres mit seiner scharfen Spitze so unglücklich auf die Hand eines 5-jährigen Jungen, daß ihm 2 Finger ganz und ein dritter Finger zur Hälfte von der Hand getrennt wurden.

Dresden. Die Pocken sind hier noch immer nicht im Rückgang begriffen. Es werden täglich immer noch 2 oder 3 neue Fälle gemeldet. In der vorigen Woche waren es insgesamt 52, während bis zum Mittwoch 160 Pockenfälle in Dresden vorgekommen sind, von denen einige tödlich verliefen.

— Pirna. Vom Rat wurden außerordentliche Pockenimpfungen angeordnet, denen sich alle Einwohner zu unterwerfen haben, die nicht in den letzten fünf Jahren mit Erfolg geimpft worden sind.

— Nglau. Die Mitteilung, daß in der letzten Stadtverordnetenversammlung festgestellt worden sei, daß das Stadtverordnetenkollegium völlig sozialdemokratisch zusammengesetzt sei, ist nicht richtig; das Verhältnis ist 14 : 6, so daß sich eine sozialdemokratische Mehrheit für beide Körperschaften ergibt.

— Unterfachsenberg. Hier wurde bei einem Stickerfabrikanten ein Einbruch verübt. Es gelang, den Dieb festzunehmen; da stellte sich heraus, daß es ein Posten von der Grenzschutzwache in Oberfachsenberg war.

— Leipzig. 46500 Stück Zigarren in vier großen Holzkristen sind aus einer leerstehenden Wohnung in der Naunhofer Straße in Leipzig-Stötteritz gestohlen worden. Der Wert beträgt 43760 Mark.

— Leipzig. „Auf die Schanzen, Kameraden! So ertönt der Ruf des Rates der Stadt Leipzig, der in aufwändigem Druck an den Plakatsäulen folgenden Aufruf erläßt: „Die Kohlenförderung ist bedroht! Ohne Kohlen: kein Transport, also keine Lebensmittel, also Hunger, keine Heizung, kein Licht, Einstellung der Industrie, also keine

Arbeit! Warum? Weil Tausende im Bergbau fehlen! Darum: Auf, zur Arbeit im Bergbau! Die Arbeit ist gut bezahlt (Tariflöhne). Für Verpflegung (Bergarbeiterzulagen), Arbeitskleidung und Schuhwerk wird gesorgt. Fracht nach beim händischen Arbeitsnachweis, Leipzig, Seeburgstraße 14—20.“

— Leipzig. (Streikschäden und Gefahrgeld des Stadtrats.) Eine Versammlung der Buchdruckerbesitzer, des Deutschen Steindruckereibesitzerverbandes und des Verbandes deutscher Buchdruckerbesitzer beschloß einstimmig, die Stadt Leipzig für alle Schäden, die am vergangenen Streiksonnabend in Leipzig in Betrieben, vor allem Buch- und Zeitungsdruckereien durch Plünderungen entstanden sind, haftbar zu machen.

— Leipzig. Die Gastwirts-Angestellten des Gastwirtschaftsbetriebes des Leipziger Volkshauses sind wegen Lohnforderungen in den Streik getreten. Zwischen den maßgebenden Gastwirtsverbänden und den Angestellten des Leipziger Gastwirtsbetriebes ist letzten ein Wochenlohn von 50 Mark tariflich festgelegt worden. Die Angestellten des Volkshauses stellten jedoch eine Lohnforderung von 90 Mark für die Woche. Ein Angebot der Geschäftsleitung von 70 Mark Wochenlohn wurde abgelehnt. Der Gastwirtschaftsbetrieb mußte infolgedessen geschlossen werden.

Briefkasten.

G. J. für die Richtigkeit der Selbsteinschätzung zur Staatseinkommensteuer bleibt der Steuerpflichtige stets persönlich verantwortlich, auch dann, wenn er die Einschätzung durch irgend einen seiner Angestellten vornehmen läßt. Falsche Einschätzung kann außer einer erheblichen Steuerstrafe auch noch eine Freiheitsstrafe nach sich ziehen, zumal wenn dem Betreffenden nachgewiesen werden kann, daß der falschen Einschätzung nicht lediglich ein entschuldbares Versehen zu Grunde lag, sondern vielmehr auf arglistigen Täuschungsversuch geschlossen werden muß.

A. S. Die schlechte Qualität der jetzt zum Verkauf gelangenden Streichhölzer liegt hauptsächlich am Mangel an Paraffin, mit dem das Kopfende des Streichholzes zum besseren Halten der Flamme getränkt werden muß. Deshalb fengen einzelne Fabriken jetzt die Kopfenden vor Anbringung der Zündmasse an, damit das Holz leichter Feuer fängt.

Resselsdorf. Anonyme Zuschriften, wie die Ihrige vom 19. Januar, finden im Briefkasten keine Aufnahme.

Herausgeber, Verleger und Drucker: Arthur Schünke in Wilsdruff. Verantwortlich für die Schriftleitung: Oberlehrer L. A. Gärtner. für den Inseratenteil: Arthur Schünke, beide in Wilsdruff.

Deutsche Volkspartei.

Heute Montag den 27. Januar abends 1/8 Uhr im „Weißen Adler“ in Wilsdruff

Oeffentliche Wähler-Versammlung.

Redner: Herr Dr. Kaiser, Dresden.

Aussprache.

Wähler und Wählerinnen sind hierzu herzlichst eingeladen

vom Bürgerausschuss.

Spar-, Kredit- und Bezugsverein
Sachsberg, e. G. m. u. H.

Die Mitglieder werden zu der

29. ordentl. Hauptversammlung

Mittwoch den 5. Februar 1919 nachmittags 3 Uhr in den hiesigen Gasthof ergebenst eingeladen.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht. 2. Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes. 3. Verteilung des Reingewinnes. 4. Wahlen. 5. Beschlussfassung über § 20 Ziffer 10 des Statuts. 6. Sonstiges.

Jahresrechnung und Bilanz liegen bis 4. Februar beim Rechner aus.

Sachsberg, am 26. Januar 1919.

Theodor Hilbig. Hugo Lorenz.

Resselsdorf. Lebensmittelverteilung
in der 5. Woche.

Mittwoch den 29. Januar:

Gries und Graupen auf Nahrungsmittelkarten-Abchn. 7a und b. Gries 48 Pfg., Graupen 45 Pfg. für 1 Pfund.

Freitag den 31. Januar:

Kunsthonig, 125 Gramm für 20 Pfg. Grüne Karte Abschnitt 2.

Resselsdorf, am 27. Januar 1919.

Der Ortsauschuß.

Ein Knabe,

welcher Lust hat, das Bäckerhandwerk zu erlernen, kann diese Offern in die Lehre treten bei Bäckermeister, G. Weber, Freiburger Str. 41.

Gleichzeitig wird daselbst ein älteres, solides Hausmädchen mit etwas Kochkenntnissen bei gutem Lohn für 1. April gesucht.

Suche für sofort älteres, kinderliebendes

Hausmädchen.

Dampfmolkerei Hirschfeld Post Deutschendorfa 1700 Frau Kliz.

Wirtschaft

mit 20 bis 30 Scheffel Feld zu kaufen gesucht. Angebote unter 1714 an die Geschäftsstelle d. V. erbeten.

Schlachtpferde

zu höchsten Preisen zu kaufen gesucht.

D. Klein, Dresden-Neuberg, Reibelfstraße 5.

Prima Ohrenschützer
starke Herren-Socken
und Handschuhe

preiswert bei 1710 Emil Glathe.

Ausschneiden!

Vorgelegter dieses Inserates zahle ich für 1 Kilo

alte Zeitungen	Mk. 0,23
„ Tuchlumpen	„ 0,60
„ Wollstrümpfe	„ 2,30
„ Kleiderwolle	„ 1,30
„ Unfortierte Lumpen	„ 0,25
„ Kupfer	„ 4,50
„ Messing	„ 2,20
„ Rotguth	„ 3,00
„ Kaninfelle bis	„ 6,00
„ Hasenfelle Jt.	„ 1,60
„ Ziegenfelle	„ 9,00

M. Bahl, Löbtau, Gröbelstraße 7

Oswald Mensch
Rossschlächtereier Potschappel
Fernsprecher Nr. 735 Amt Deuben.

Laub- und Nutz-
hölzer

kauft jeden Posten 1700
Müller, Meißner
Fabrikstr. 19, Fernruf 882.

Schlachtpferde

kauft allerorts zu höchsten Preisen Feige, Dresden 28, 1707 Resselsdorfer Str. 80.

Jüngerer Kanarienvogel
zu kaufen gesucht.

Angebote erbeten 1710
Zedlerstr. 183 part. I.

Stube

zu mieten gesucht, auch mit

Kammer,

jezt od. 1. April. Näheres bei

Knäbel, Freiburgerstr. 106.

Dienstag, 25. Jan.
von 2 Uhr ab

Fleisch-Verkauf.

Arn. 201—300. 1710

August Hohlfeld.

Rossschlächter.

Deutsche Demokratische Partei.

Morgen Dienstag am 28. Januar 1919 abends 8 Uhr im „Weißen Adler“

Wahl-Versammlung.

Es spricht Herr Schulz über

Die Wahl zur Sächs. Volkskammer.

Zahlreiches Erscheinen von Anhängern aller Parteien ist Pflicht!